

Reichshof im Dezember 2019

Haushaltsrede zum Haushalt 2020 Christine Brach im Rat der Gemeinde Reichshof

Christine Brach

[gender-Hinweis: in diesem Text wird weitestgehend auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Der Einfachheit halber wird das generische Maskulinum verwendet, welches geschlechtsunabhängig und diskriminierungsfrei verstanden werden soll.]

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,**

diesmal weichen wir ab vom Prinzip, in der Haushaltsrede das politische Geschehen des Jahres vorrangig auf sachlicher und haushaltsbezogener Ebene aus unserer Sicht zu bewerten. Warum? Seien wir ehrlich: nächstes Jahr werden Gemeinderat und Bürgermeister neu gewählt und wir finden, das ist Anlass genug zu einer Art Abrechnung/Bilanz - nämlich mit den letzten fünfeinhalb Jahren Reichshofer Politik, bestimmt durch eine "GroKo" aus CDU und SPD und Ihnen Herr Bürgermeister. Sie beide sind 2014 mit vielen vollmundigen Versprechen angetreten:

[Zitat aus den Niederschriften der beiden konstituierenden Sitzungen im Juni und Juli 2014:
"Mehr Transparenz und demokratisches Miteinander, Gräben überwinden, über den Tellerrand schauen, Bürger mehr beteiligen"]

Darauf kommen wir am Schluss unserer Rede zurück.

Als Orientierungsrahmen für unsere Rede haben wir folgenden Satz aus dem Leitbild der Gemeinde Reichshof, beschlossen 2007, ausgesucht (sinngemäß):

"die Gemeinde Reichshof ist in manchen Bereichen besser als andere Kommunen".

Hierzu eine erläuternde Bemerkung:

Eine Überarbeitung des Leitbildes sollte zunächst in der 2010 eingerichteten Projektgruppe "Berichtswesen und Kennzahlen" erfolgen. Dieses Ziel wurde wegen mangelnder Resonanz aus den Fraktionen nicht erreicht. Im vor ziemlich genau einem Jahr von der SPD-Fraktion beantragten und beschlossen "AK Nachhaltigkeit" sollte nach allgemeinem Konsens auch das Leitbild Thema sein.

Abgesehen von der Frage, was eine auf die Vergangenheit, bestenfalls auf die Gegenwart von 2005 /2007bezogene Aussage/Behauptung in einem Gemeinde-Leitbild zu suchen hat - worin ist Reichshof besser als andere Kommunen?

[(Unternehmens)-Leitbild laut Wikipedia: " ... schriftliche Erklärung einer Organisation über ihr Selbstverständnis und ihre Grundprinzipien ... Es formuliert einen Zielzustand ... beschreibt die Mission und Vision einer Organisation ... Es ... bildet den Rahmen für Strategien, Ziele und operatives Handeln..."]

Das werden wir im Folgenden aus unserer Sicht beantworten.

Gern hätten wir die angesprochenen Themenbereiche mit Zahlen aus den gemeindlichen Haushalten der vergangenen 5 Jahre unterlegt - es hätte aber zu viel mühselige Kleinarbeit und Zeit gekostet.

Das wäre anders, wenn man unserem wiederholten Anliegen der letzten Jahre nach verständlicher Darstellung in Form eines "Offenen Haushalts" nachgekommen wäre.

Aber: **Anträgen der GRÜNEN zuzustimmen, seien sie auch noch so plausibel, wünschenswert, sachlich begründet und im Interesse der Gemeinde Reichshof und ihrer Bürger ist hier nach wie vor verpönt** - und damit schon der erste Hinweis, worin die Gemeinde Reichshof besser ist als andere Kommunen - je nach dem, von welcher Seite aus man es betrachtet.

Zunächst also ein Überblick über "Reichshofer Themen" von A bis Z - die alphabetische Reihenfolge dürfen wir wohl als bekannt voraussetzen (ein zugegeben gemeiner Seitenhieb, aber dem Umstand geschuldet, dass mir in den Sitzungen dieses Jahr immer häufiger und auf immer unhöflichere und unsachlichere Weise mangelnde Verständlichkeit meiner Äußerungen vorgeworfen wurde).

Bei diesem Überblick handelt es sich naturgemäß um eine ständig fortzuschreibende Liste. In der folgenden Version sind daher "nur" Themen enthalten, die in den letzten 5 Jahren in den politischen Gremien auch anstanden:

Auswahl Reichshofer Themen der letzten 5 Jahre von A bis Z

- **A - Ärztenotstand**
- **B - Breitbandausbau**
- **C - CDU**
- **D - Dichtigkeitsprüfungen**
- **E - Energie (-bericht, -effizienz, erneuerbare)**
- **F - Feuerwehr**
- **G - Gebäudesanierungsprogramm**
- **H - Haushaltssicherungskonzept**
- **I - Infrastruktur**
- **J - Jugend**
- **K - Klima (-folgen, -schutz, -wandel)**
- **L - Ländlicher Raum**
- **M - Mobilität**
- **N - Naturschutz**
- **O - ÖPNV**

- **P - Politische Kultur**
- **Q - Qualitätsmanagement in der Verwaltung**
- **R - Rechtsextremismus**
- **S - Schulen/Soziales/Sport**
- **T - Tourismus**
- **U - Umweltschutz**
- **V - Verkehr**
- **W - Wiehltalbahn, Wiehltalsperre**
- **Z - Zahlenwerk zum Haushalt**

Wie Sie sehen, sind das bereits eine Menge Themen.

Zu allen gab es in den vergangenen 5 Jahren etwas beizusteuern und gäbe es auch heute - das würde den Zeitrahmen allerdings sprengen.

Wir haben einen Teil davon unter zwei Überschriften unter die Lupe genommen:

"Gemeindeentwicklung" sowie "Klimaschutz und Mobilität".

Zur Erläuterung sind hier und da kurze Auszüge aus Wikipedia (Wiki) vorangestellt - mir wurde ja unlängst durch die Verwaltung das "Googeln" empfohlen.

Eine Erläuterung müssen wir aber selbst vorausschicken: wenn von der "Verwaltung" die Rede ist, sind natürlich nicht alle MitarbeiterInnen gemeint, sondern diejenigen, welche bei den folgenden Themen entscheidungsverantwortlich beteiligt waren.

Gemeindeentwicklung

Unter Gemeindeentwicklung kann sich sicher jeder etwas vorstellen, komischerweise gibt es aber dazu für Deutschland keinen wiki-Eintrag mit direktem Bezug auf Politik oder Verwaltung, wohl aber für Österreich und die Schweiz.

Beim "Kampf-Googeln" sind wir dann doch noch auf eine Tabelle gestoßen, aus der hervorgeht:

"Die Bauleitplanung ist das wichtigste Planungswerkzeug zur Lenkung und Ordnung der städtebaulichen Entwicklung einer Gemeinde in Deutschland "

Darunter fällt also alles, was uns in den zuständigen Gremien so an Änderungen, Aufstellungen, Ergänzungen und sonstigen Verfahren zu allen möglichen Plänen, Satzungen & Co zum Beschluss vorgelegt - oder sollte man besser sagen: vorgekauft ? - wurde.

Wie die Beschlüsse dazu dann zustande kommen, bleibt der Phantasie überlassen. Blöd nur, wenn da manchmal (meist von uns Grünen) quergeschossen und auf einer Beratung bzw.

Diskussion bestanden wird, wozu ja die Gremien eigentlich da sind.

Die Reaktionen darauf, liebe Rats- und Ausschusskollegen und sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiter, kennen Sie selbst am besten, schließlich kommen die ja aus Ihrem Kreis.

Außerdem gehören zum Thema Gemeindeentwicklung auch die Beschlüsse, welche sich mit Bestand, Erhaltung und Zweck des gemeindeeigenen, öffentlichen Gebäudebestands befassen, u.a. also

- zum Gebäudesanierungsprogramm

- zu den Konzepten im Rahmen der Städtebauförderung

- zu Einzelhandelskonzepten

– sonstigen strukturellen Entwicklungskonzepten (z.B. im Rahmen der "Regionalen")

Hier also unsere Bestenliste, was die Entscheidungen zur gemeindlichen Entwicklung betrifft: Beschlüsse zu städtebaulichen Konzepten und Maßnahmen der letzten Jahre
Das ursprünglich auf mehrere Nachfragen und Anregungen aus den Gremien hin endlich bei der Verwaltung angekommene Städtebauförderprogramm ist nach anfänglich sinnvollen, das Gebäudesanierungsprogramm einbeziehenden und in akzeptablem finanziellen Rahmen darstellbaren Projekten im Lauf der letzten Jahre zu einer Wunschliste von Prestigeprojekten verkommen, deren Nutzen für die Allgemeinheit immer kleiner und deren Finanzbedarf immer größer wird. Damit fehlen zunehmend Mittel für wichtigere und nötigere Investitionen in eine "zukunftsfähige Gemeinde Reichshof".

Zur Erinnerung:

Die damals avisierten Fördersätze haben für die Vorgehensweise bezüglich des Städtebauförderprogramms aus Finanzierungsgründen durchaus Sinn gemacht, da dadurch die ohnehin im Rahmen des Gebäudesanierungsprogramms für die Gesamtschule in Eckenhagen eingeplanten Kosten vermindert wurden.

Es war allerdings die Erstellung eines Gesamtkonzepts unter Einbeziehung aller Siedlungszentren, sprich Eckenhagen, Wildbergerdhütte, Denklingen/Büchermühle erforderlich (Hunsheim konnte anfänglich wegen des geplanten Einzelhandelskonzepts angeblich nicht berücksichtigt werden).

Von der Politik wurde dieses erste Konzept, über das auch rechtzeitig und halbwegs ausreichend durch die Verwaltung informiert wurde, befürwortet und beschlossen.

Dann kamen aber weitere, angeblich förderungsbedingt notwendige, aber nicht unbedingt nachvollziehbare Maßnahmen hinzu. Die wurden im bekannten "Hau-Ruck-Verfahren" in den Gremien durchgewunken, schnell entstanden weitere Kosten. Der ursprüngliche Einspar-effekt, dessentwegen - wohl nicht nur unsere Fraktion - zugestimmt hat, fiel weg.

Das letzte und aktuellste Beispiel ist die Umgestaltung des Burghof- und des Rathausareals in Denklingen.

Anscheinend haben wieder nur wir die Notwendigkeit bzw. den Bedarf dieser Umgestaltung ernsthaft hinterfragt. Abgesehen davon, dass eine solche Umgestaltung unseres Wissens vorher nie in der Politik zur Debatte stand - auch nach dem aufwändigen und kostenintensiven Verfahren, welches hierfür (und nur hierfür) stattgefunden hat, ist uns der Sinn und Zweck dieser Umgestaltung immer noch nicht klar.

Klar ist für uns allerdings: Schulsanierung und Turnhallenneubau in Denklingen warten schon jahrelang und wären wesentlich dringender gewesen. Was uns außerdem nach einem zufälligen Gespräch mit zwei Denkringer Bürgern Anfang des Jahres klar wurde:

Vorbei an den politischen Gremien haben im Vorfeld diverse Gespräche mit Vereinen und sonstigen Adressaten zu dieser Umgestaltung stattgefunden. Wer aus Politik und Verwaltung daran beteiligt war, überlassen wir wieder Ihrer Phantasie - wir waren es jedenfalls nicht.

Bauen und Wohnen

Wie die meisten Kommunen im ländlichen Raum steht auch die Gemeinde Reichshof vor dem Problem, dem negativen Einwohnersaldo etwas entgegenzusetzen. Die ab 2007 angebotene Förderung von Grundstückserwerb/Hausbau für zuzugswillige junge Familien wurde 2013 eingestellt.

Unter heutigen Rahmenbedingungen macht weder eine ausschließliche Förderung von neuem privaten Wohnraum Sinn, ebensowenig die Ausweisung/Entwicklung neuer Wohnbaugebiete; denk- und vertretbar sind allenfalls Anschlüsse/Lückenschlüsse bestehender Bebauungspläne, da sie übergeordneten Raumplanungszielen, dem Vermeidungsgebot unnötiger Flächeninanspruchnahme sowie den auch in Reichshof beschlossenen Klimaschutzzielen am wenigsten entgegenstehen.

Angesichts der hohen Zahl an Baulücken und Leerständen in unserer Gemeinde wäre es daher sinnvoller, für zuzugsinteressierte junge Familien sowohl das schon vorhandene Baulückenkataster zu nutzen als auch ein Leerstandskataster zu erstellen und beides mit einem neuen Reichshofer Förderprogramm zu verbinden, wie in der Gemeinde Morsbach bereits seit 2017 etabliert. Das wäre im Übrigen ein praktischer Beitrag zur Erweiterung der Interkommunalen Kooperation mit der Gemeinde Morsbach, welche im Haupt- und Finanzausschuss vor zwei Tagen beschlossen wurde. Es wäre aus unserer Sicht sehr zu begrüßen, wenn dieser Vorschlag möglichst schnell und unbürokratisch umgesetzt würde.

Verfahrensweise bei gewissen bauleitplanerischen/baurechtlichen Aspekten

Wir wissen von mindestens 6 Ortslagen, in denen Anwohner, die schon lange, teilweise seit vielen Generationen dort leben, Anliegen oder Beschwerden an die Gemeindeverwaltung gerichtet haben.

Wir sprechen hier nicht vom hinlänglich bekannten "Nachbarschaftsstreit", der im schlechtesten Fall über ordnungsrechtliche Verfahren geklärt werden müsste. Wir sprechen von Beschwerden im Zusammenhang mit Ansprüchen, welche nach Bau- und sonstigem Recht begründet und damit auch bis in mehrere gerichtliche Instanzen einklagbar sind.

Wenn solche Beschwerden von der Gemeindeverwaltung einfach ignoriert, mit unvollständigen oder teilweise unrichtigen Auskünften "abgewimmelt" werden oder der "Schwarze Verwaltungs- Peter" übergeordneten Behörden zugeschoben wird, ist das in unseren Augen nicht nur skandalös, sondern Anlass, uns für diese Bürger einzusetzen, zumal, wenn wir als deren politische Vertreter darum gebeten werden. Offensichtlich haben wir da eine andere Auffassung, was unsere Verantwortung als gewählte Mandatsträger betrifft, als einige von Ihnen.. Wir werden jedenfalls auch künftig nicht an etwas teilnehmen, was wir als "Klientelpolitik" sehen, die zu Lasten unserer Bürger geht!

Dazu noch eins: die angesprochenen 6 Ortslagen werden in unserer Flächengemeinde mit 106 Einzelorten nur die sprichwörtliche Spitze eines ziemlich großen Eisbergs sein ...

unser Fazit:

Gemeindeentwicklung "made in Reichshof" besteht darin, sanktioniert durch politische Mehrheitsbeschlüsse

- dazu beizutragen, dass Einwohner aus ihren angestammten Wohnorten vertrieben werden
- nicht ernsthaft zu verhindern, dass jungen Familien, welche sich hier (z.T. wieder) ansiedeln, Steine in den Weg gelegt werden
- neue Wohngebiete zu planen, anstatt leeren Wohnraum und Baulücken zu nutzen
- Millionen in nicht wirklich notwendige Projekte mit wenig oder keinem Nutzen für die Allgemeinheit zu investieren, anstatt dieses Geld beispielsweise in Bildung, Infrastruktur oder in Maßnahmen zum Schutz vor Klimawandelfolgen (wie etwa eine entsprechend angepasste Ausrüstung unserer Freiwilligen Feuerwehr) zu investieren.

Klima, Mobilität, Verkehr, Klimaschutz, Klimawandel, Folgen

Dass die politische Mehrheit in Reichshof (also auch die SPD) bezüglich der Anregung des Klimabündnis Oberberg zum Klimanotstand im Frühsommer willig dem unausgesprochenen konservativen mainstream "Klimaschutz ist nebensächlich, wenn nicht überflüssig und verursacht unnötige Kosten" gefolgt ist, wundert uns nicht..

Verwundert hat uns allerdings schon, dass auch zwei der fraktionslosen Kollegen sowie der FWO ins gleiche Horn getutet haben. Offensichtlich sind Sie sich nicht darüber im Klaren, was "Klimawandel und Klimafolgen" tatsächlich auch für unsere Gemeinde bedeuten.

Wie wäre sonst zu verstehen, dass von Fachleuten gelieferte Fakten und Vorschläge, sei es vom Klimabündnis Oberberg, den Vertretern der Naturschutz- und Umweltverbände oder sonstigen Experten, sogar aus den eigenen Reihen, - ganz zu schweigen von der mittlerweile zweifelsfrei überwältigenden globalen Mehrheit von Wissenschaftlern und Experten - von Ihnen einfach abgetan oder als unverständlich bezeichnet werden?

Selbst beim Oberbergischen Kreis hat man die Wichtigkeit des Themas erkannt - sei es aus wahltaktischen Gründen oder aus Überzeugung - und dazu das Programm KUNO vorgelegt. Immerhin ein richtiger und wichtiger Schritt, wenn auch aus unserer Sicht bei weitem nicht ausreichend. Aber mit dem äußerst wichtigen Zusatz: KUNO soll ständig fortgeschrieben und angepasst werden.

Der Klimawandel (oder die Klimaveränderung) hat bereits in den vergangenen Jahren zu massiven Veränderungen in unserer Lebens- bzw. Umwelt geführt und bedroht damit zunehmend unsere eigentlichen Lebensgrundlagen.

Die kann man weder im Supermarkt kaufen noch durch Investitionen in Aktienmarkt und in sinnloses Wachstum erhalten oder ersetzen. Wer nicht mehr weiter so träumen mag, informiere sich gern über die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden auf den Internetseiten des weltgrößten Rückversicherers "Münchener-Rück- /munich-re" oder des "Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft GdV".

Und wer von Ihnen im Auto durch die schöne oberbergische Landschaft fährt und dabei weder die abgestorbenen Bäume noch die Kahlschläge sehen will, auch nicht die durch den massiv angestiegenen Schadholzabtransport bedingten Flur- und Wegeschäden, noch die ständig laufenden Motorsägen hören will, sei gefragt: lesen Sie eigentlich keine Zeitung oder hören sie keine Nachrichten? Genau Sie sind aber als erste auf dem Plan, wenn es darum geht, "frevelhafte Flächeninanspruchnahme oder massive irreversible Naturschäden" durch Windkraft im Wald, "Gesundheitsrisiken, Verschandelung der Landschaft" und die so genannte industrielle Windlobby anzuprangern.

Gleichzeitig stimmen Sie aber allen Gewerbeansiedlungen zu, egal wieviel Fläche die verbrauchen, welche Emissionen, Gesundheitsrisiken, sonstige Beeinträchtigungen und welche Verschandelung der Landschaft damit verbunden sind.

Noch im letzten Bauausschuss haben genau Sie der Aufhebung der Auflage zur Bekiesung oder Begrünung von Flachdächern im Gewerbegebiet Wehrath I zugestimmt, weil sich ja laut Begründung der Verwaltung der Großteil der dort ansässigen Firmen nicht an diese Auflage gehalten habe. Die Logik einer solchen Begründung konnten zumindest einige unter Ihnen genau wie wir nicht nachvollziehen - trotzdem haben Sie dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

Wahrscheinlich gehören Sie auch zu denen, die ständig die "Leier mit den Arbeitsplätzen" wiederholen - wissen Sie denn, wieviel Reichshofer/Oberberger von den im fünfstelligen Bereich weggefallenen Arbeitsplätzen in der Windkraftbranche betroffen sind? Wir geben gern zu, dass wir die Zahl aktuell nicht kennen, werden die Lücke aber schnellstens füllen.

Zurück zum Klimaschutz "made in Reichshof":

Nach dem Mehrheitsbeschluss des Rats vor der Sommerpause wurde im Bauausschuss im September die Auflistung der bereits erfolgten Klimaschutzmaßnahmen in der Gemeinde Reichshof präsentiert - eine sehr "schlanke" Liste, die sich zum Teil mit fremden Federn schmückt und nur notdürftig kaschiert, was all die Jahre nicht passiert ist - so haben es zumindest die eingeladenen Vertreter des Klimabündnis Oberberg gesehen.

Wir fragen uns, welchen Eindruck diese Sitzung wohl bei den ebenfalls eingeladenen Schülern und Lehrern der Gesamtschule hinterlassen hat. Es ist gut zu wissen, dass es auch hier

viele junge Menschen gibt, die sich für den Klimaschutz engagieren; gar nicht schön ist, dass sich von deren Sachkenntnis und ihrem Verständnis für Zusammenhänge leider einige aus Politik und Verwaltung getrost eine Scheibe abschneiden könnten.

Auch in dieser Sitzung wurde die Verwaltung (natürlich per Mehrheitsbeschluss) beauftragt, (weitere) Maßnahmen zum Klimaschutz zu entwickeln - damit ist die Verantwortung wieder mal abgegeben und das unangenehme Thema abgehakt worden.

Herr Osterberg, Sie haben soeben in ihrer Rede nochmals Ihre Bereitschaft beteuert, mit den Vertretern der Natur- und Umweltschutzverbände gemeinsam an Maßnahmen zum Klimaschutz arbeiten zu wollen: wie ist dann zu erklären, dass die Maßnahmenliste des Klimabündnis Oberberg, zu dem immerhin BUND, NABU und RBN gehören, im mündlich vorgetragenen

"Umwelt- und Klimaschutzbericht" beim letzten Bauausschuss zumindest nach meiner Erinnerung (auf die schriftliche Fassung warten wir ja noch) nicht berücksichtigt wurde?

Das nennen wir "politischen Aktionismus"!

Angesichts dieser peinlichen Reichshofer Vorstellung zum Thema "Bedrohung durch Klimawandelfolgen" muss man sich fast nicht mehr fragen, warum dazu kein parteiübergreifender Konsens wie in fast allen unseren Nachbarkommunen zustande kommt und stattdessen überflüssiges ideologisches und parteipolitisches Hickhack stattfindet.

Lieber Herr Osterberg, liebe Kollegen, ein mehrheitlicher Beschluss ist etwas anderes als ein fraktions- bzw. parteiübergreifender Konsens, ebenso stehen wissenschaftliche Tatsachen nicht zur politischen Debatte.

Wir fragen uns nicht zum ersten Mal, worum es Ihnen eigentlich geht: um die Sache oder um Parteipolitik, sprich Wähler-Stimmen?

Mobilität

Zu diesem Thema könnte man auch eine Menge sagen - heute dazu nur so viel:

Im Rahmen der kommunalen Beteiligung bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans 2017 wurden die Anregungen unserer Fraktion weitestgehend in die Stellungnahme der Gemeinde Reichshof aufgenommen. Interessanterweise gab es dann im Nachgang eine Aufforderung der Kreisverwaltung, die eingegangenen Stellungnahmen aus den Kommunen seien zu umfangreich und man möge sie doch bitte auf "Wesentliches" reduzieren. Dies ist dann auch hier geschehen, und man kann sich bereits denken, was auf Vorschlag der Verwaltung und mit Mehrheitsbeschluss gestrichen wurde: natürlich unser Beitrag - da standen wohl zuviel gute Ideen für einen wirklich zukunftsorientierten Nahverkehr drin.

Verkehrswende

Dazu scheint man im ländlichen oberbergischen Raum noch zu schlafen, der Reichshofer Winterschlaf ist in dem Zusammenhang allerdings kaum zu toppen.

Während auf Bundesebene bereits Anfang des Jahres begonnen wurde, ernsthaft Weichen für eine echte Verkehrswende zu stellen, während andernorts Mobilstationen entstehen und Mobilitätskonzepte vorhanden sind oder erstellt werden, während Ausbau und Elektrifizierung der RB 25- Strecke auf einmal mit atemberaubendem Tempo vorangetrieben werden, treffen sich die Bürgermeister der Anrainerkommunen der Wiehltalbahn beim Oberbergischen Kreis zu Geheimgesprächen, um sich über "erste Ideen" zur touristischen Nutzung der Wiehltalbahn auszutauschen ... es winken ja schließlich Fördergelder aus dem Regionale 2025-Topf!

Im Laufe des Jahres folgte zur Verkehrswende von Ministerien und Verbänden eine Ankündigung der nächsten, und es waren diesmal nicht nur Worte, fast ebenso schnell folgten verbind-

liche Zusagen zur dazu notwendigen Finanzierung/Mittelbereitstellung von Bund und Ländern – die letzte übrigens durch das Land NRW im November

Ist das alles an Oberberg, insbesondere an Reichshof, vorbeigegangen?

Sie, geehrter Herr Bürgermeister, waren im Oktober bei der Jubiläumsfeier der "Wiehltalbahn" in Waldbröl anders als einige Ihrer Kollegen nicht dabei. Sie haben einen höchst interessanten und aktuellen Vortrag zum Thema "Reaktivierung von Bahnstrecken" von Herrn Dr. Henke, Geschäftsführer Eisenbahnverkehr des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen), verpasst.

Anscheinend haben Sie auch die eben aufgeführten Informationen verpasst - andernfalls hätten wir doch wenigstens nach der "Sommerpause" mit einem Statement von Ihnen zu einem solch wichtigen Thema rechnen können.

- An dieser Stelle sollte der themenbezogene Teil unserer Rede eigentlich sein Ende haben. - Wegen der Bemerkung meines Vorredners von der FWO zum "Arbeitskreis (AK) Nachhaltigkeit" muss ich aber jetzt doch noch einen Abschnitt einfügen, den ich eigentlich weglassen wollte:

In der ersten Sitzung des AK (eigentlich die zweite, die erste wurde - auch aufgrund einer einseitigen Terminsetzung durch die Verwaltung - mangels ausreichender Zahl der Politik-Teilnehmer abgesetzt) habe ich, wie Herr Krumm richtig bemerkte, tatsächlich eine Art Geschäftsordnung vorgeschlagen, damit organisatorische Struktur, thematische Bandbreite und eine zielorientierte Gesprächsführung feststehen. Grund dafür: meine persönliche Erfahrung mit (nicht nur Grünen) Arbeitskreisen und -gruppen, dass ohne einen solchen Rahmen unweigerlich eine "Quasselbude" entsteht. Mein Vorschlag wurde von den teilnehmenden Verwaltungsvertretern ablehnend bis neutral aufgenommen, während die Mehrheit meiner politischen Kollegen den Vorschlag vehement bis empört abgelehnt hat.

Fazit: Leider gerieten beide AK-Sitzungen genau zu dieser "Quasselbude" ohne Regeln, so dass man sich nicht wundern darf, wenn nichts dabei herausgekommen ist.

Aus unserer Sicht fast noch schlimmer ist aber, dass ausgerechnet zwei Personen von denjenigen, denen wir in der Ratssitzung am 19.02.19 zur Teilnahme an diesem AK verholfen haben, anscheinend ihre persönliche "performance" in diesem Arbeitskreis wichtiger war als konstruktive Beiträge - ähnliches gilt auch für die FWO.

Wir jedenfalls halten die vom Kämmerer Herrn Dreibach angeregte Nachhaltigkeitssatzung grundsätzlich für sinnvoll, richtig und wichtig - für deren Ausgestaltung hätte man dann natürlich einen Konsens erarbeiten müssen.

So geht ein guter Ansatz den Bach runter - danke, Anja Krämer, René Kauffmann und Reinhard Krumm!

Nun zurück zum Ausgangssatz des "Leitbilds der Gemeinde Reichshof" (diesmal im Originaltext):

"wir sind in ausgewählten Bereichen besser als unsere Nachbargemeinden"

Worin die Gemeinde Reichshof (und hier sind im Folgenden allein Politik- und Verantwortliche gemeint) möglicherweise oder tatsächlich besser dasteht als ihre Nachbargemeinden, haben sich meine Mitredner von CDU und SPD ja redlich bemüht, darzustellen.

Wir dagegen müssen und wollen benennen, worin "Reichshof" sich unserer Meinung nach negativ von seinen Nachbargemeinden abhebt:

- in der eigenwilligen, teilweise eigenmächtigen) Auslegung demokratischer Prinzipien und Regeln
- dito, was kommunal- und baurechtlichen Regelungen betrifft

- in einem ziemlich schwammigen und z.T. bewusst missverständlichen Auskunftsverhalten gegenüber Bürgern und Politik
- in mangelnder Unterstützung der Bürger bei berechtigten und wichtigen Anliegen
- in zunehmender Fokussierung auf Förderprojekte, die als Prestige-Objekte Mittel binden keinen wirklichen zukunftsbezogenen Nutzen für unsere Gemeinde haben
- in der mangelnden Beteiligung von Bürgern und Politik an wichtigen Prozessen und Entscheidungen

Passt das mit den eingangs erwähnten Ankündigungen von 2014 zu "mehr Transparenz und demokratischem Miteinander, Gräben überwinden, über den Tellerrand schauen" zusammen?

Dazu mögen Zuhörer und Leser bitte ihre eigene Bilanz der letzten fünf Jahre ziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich denke, wir haben dargelegt, warum wir dem Haushalt auch in diesem Jahr nicht zustimmen werden.

Da wir anlässlich unserer Dankadresse in der Rede vom letzten Jahr einiges an positivem Feedback bekommen haben, wiederholen wir sie an dieser Stelle einfach noch mal.

[Anmerkung: In dieser Textversion weggelassen, bei Interesse einfach im Bürgerinformationssystem der

Gemeinde nachschauen: <http://session.reichshof.de/bi/info.asp>, unter "Kalender", Ratssitzung 12/2018]

Schließen werden wir auch diesmal wieder mit einem Zitat.

Überschrift des Artikels im Lokalblatt "Anzeigenecho" vom 12.06.19 anlässlich des Gemeindejubiläums 2019 : "50 Jahre Reichshof: Grüne, lebenswerte & lebensfrohe Gemeinde" -

- das wäre natürlich aus unserer Sicht die Wahlprognose für 2020 !

Nein, wer uns kennt, weiß, dass das jetzt nicht ganz ernst gemeint ist, aber hoffentlich die strapazierten Gemüter etwas erheitert und beruhigt.

Unser eigentliches Zitat möchten wir nämlich nach den vielen kritischen Worten ebenso versöhnlich wie ernst aufgenommen wissen.

Es ist ein etwas außergewöhnliches Zitat, weil ein Gebet, wenn auch mit politischer Botschaft;

außergewöhnlich auch, weil es lt. wiki von einem katholischen Geistlichen und aus dem vorletzten (oder vorvorletzten?) - klarer gesagt: dem 19.Jahrhundert stammt.

Ich bin zufällig vor Kurzem darauf gestoßen - anlässlich einer Wiederholungssendung des MDR von 1990 anlässlich des 30-jährigen Mauerfall-"Jubiläums": Im Rahmen der Sendereihe "Zur Person: Günter Gaus im Gespräch mit ..." wurde es von Friedrich Schorlemmer (evangelischer Pastor und Wortführer der DDR-Opposition) in etwas abgewandelter Form zitiert. Ich war neugierig, von wem es stammt, habe wieder "gegoogelt" und hoffe, das ist tatsächlich die Originalfassung.

Von **Pastor Hermann Kappen** 1883 als Neujahrsgebet in der Kirche St. Lamberti, Münster, vorgetragen:

**"Herr,
setze dem Überfluss Grenzen / und lass die Grenzen überflüssig werden.
Lasse die Leute kein falsches Geld machen, / aber auch das Geld keine falschen Leute.
Nimm den Ehefrauen das letzte Wort / und erinnere die Männer an ihr erstes.
Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit / und der Wahrheit mehr Freunde.
Bessere solche, die im öffentlichen Leben wohl tätig, / aber nicht wohltätig sind.
Lehre uns die Einsicht, wer reich im Portemonnaie ist, / ist nicht immer reich auch im Herzen.
Gib den Regierenden ein besseres Deutsch / und den Deutschen eine bessere Regierung.
Lass uns sagen, was wir denken / und lass uns tun, was wir sagen.
Also lass uns das auch sein, / was wir sagen und tun.
Herr, Sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen, /
aber - bitte - nicht sofort. Amen."**

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!